

PRESSEMITTEILUNG #310 – 01. Februar 2022

Kirsten Eickhoff-Weber und Martin Habersaat:

Leitlinien für eine Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen

Kirsten Eickhoff-Weber ist in der SPD-Landtagsfraktion unter anderem für die Berufliche Bildung zuständig. Martin Habersaat ist Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion. Gemeinsam stellen die beiden Leitlinien für eine Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen vor. Grundlage der Überlegungen ist auch eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 28. Januar, an der beide mitgewirkt haben.

Kirsten Eickhoff-Weber:

„Während die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen zuletzt fast konstant blieben, sanken sie an den berufsbildenden Schulen zuletzt kontinuierlich. Das Einfrieren der Stellen für zwei Jahre ist dabei ein kurzfristiges Mittel. Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen. Das hatte Jamaika bei den Koalitionsverhandlungen 2017 erkannt, doch dann versank das Thema im Bermudadreieck zwischen Bildungsministerium, Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei. Wirtschaftsminister Buchholz und Bildungsministerin Prien stritten sich auf offener Bühne, der Ministerpräsident schwieg. Das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB), das mit Blick auf das gelungene Hamburger Vorbild (HIBB) gegründet wurde, wird den Erwartungen bisher nicht gerecht. Die Landesregierung hat die gute Zusammenarbeit mit Hamburg in dieser Frage aufgekündigt. Während das HIBB ein Flaggschiff der Beruflichen Bildung ist, das wichtige Projekte zentral anstößt und Berufliche Bildung in der Öffentlichkeit gut repräsentiert, kommt das SHIBB bisher nicht über das Prädikat „nachgeordnete Behörde des Wirtschaftsministeriums“ hinaus. Ein Vergleich der Webseiten beider Institute spricht Bände. Bisher hat es nur zu einem Gutachten zur Zukunft der Dualen Ausbildung gereicht. Das blendet allerdings große Teile des Angebots der Beruflichen Schulen aus. Der schulische Teil der dualen Ausbildung ist der Kern der Beruflichen Schulen. Es darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass es um sechs Schularten geht, die in der Fläche gesichert werden müssen. Es darf nicht sein, dass auf Grundlage dieses Gutachtens jetzt in einem Winkel des Wirtschaftsministeriums die Grundzüge einer Schulentwicklungsplanung festgezurrert werden, die von allen Beteiligten gemeinsam entwickelt werden müssten: konzentriert, mit hoher Verantwortung, ohne Vorfestlegungen am Reißbrett.“

Martin Habersaat:

„Die Gründung des HIBB und die Entwicklung der Schulentwicklungsplanung in Hamburg waren nicht immer unumstrittene, aber in der Gesamtanlage hoch partizipative Prozesse. Und nur mit der Einbindung aller Interessengruppen wird es möglich sein, hinterher auch schwierige

Strukturentscheidungen umzusetzen. Es müssen unter anderem folgende Fragen geklärt sein: Welche Berufe brauchen, auch finanziert durch das Land, eine starke Verankerung in der Fläche, weil etwa die Bäckerei oder der Malereibetrieb auf dem Lande sonst keine Auszubildenden mehr findet oder weil der Beruf hauptsächlich von besonders jungen Menschen angewählt wird, die räumlich nicht sehr flexibel sind? In welchen Bereichen sind Nachwuchskräfte so knapp, dass das Land allen Interessierten einen Ausbildungsplatz garantieren muss, wie Hamburg das beispielsweise bei angehenden Pfleger*innen und Erzieher*innen macht? In welchen Bereichen macht eine stärkere Spezialisierung Sinn, um die großen technischen Fortschritte in vielen Berufen gut abbilden zu können? Welche besonderen Bedürfnisse haben die einzelnen Regionen, welche Stärken bringen die Beruflichen Schulen mit? Welche Möglichkeiten bringt die Digitalisierung, bei der die Beruflichen Schulen schon weiter sind als andere? Können, wie in Hamburg, Warteschleifen für junge Menschen verkürzt und Mittel aus dem Übergangssystem in die qualifizierenden Angebote der Beruflichen Schulen umgelenkt werden? Wo braucht es Wohnangebote für Auszubildende analog zu Studentenwohnheimen, wo fehlen Mobilitätsangebote? Wie schaffen wir es, Berufsorientierung als gemeinsames Projekt von allgemein- und berufsbildenden Schulen kooperativ zu gestalten? Wir haben hier viel wertvolle Zeit verloren. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Berufliche Bildung wieder dem Bildungsministerium zuordnen, diese Fragen in einem breit angelegten Dialogprozess gemeinsam mit den Betroffenen klären und dann zügig eine Schulentwicklungsplanung vorlegen, auf die Schulen, junge Menschen und Wirtschaft sich verlassen können.“